

(2.000 Zeichen, incl. Leerzeichen)

grupodepuebla.org/la-democracia-no-admite-excepciones-declaracion-del-grupo-de-puebla-sobre-nicaragua/

Nicaragua:

Erklärung der Gruppe von Puebla

Die Demokratie erlaubt keine Ausnahmen

23. Juli 2026

Die Ankündigung von Präsident Daniel Ortega, dass es in Nicaragua künftig keine Wahlen mehr geben werde, stellt einen offenen Bruch mit den elementarsten demokratischen Grundsätzen dar. Kein politisches Projekt, ungeachtet seines Ursprungs oder seiner Geschichte, darf sich über das souveräne Recht der Völker stellen, ihre Regierenden frei zu wählen und friedlich über ihre Zukunft zu entscheiden. Die Demokratie duldet keine Ausnahmen und darf nicht zu einem Zugeständnis der Machthabenden werden.

Es steht außer Frage, dass die Demokratie in Lateinamerika durch äußere Einmischung, mediale Manipulation, Wahlbetrug, die massenhafte Verbreitung von Bots zur Desinformation der Wählerschaft und durch verwerfliche Wahlkampfpraktiken schwerwiegend pervertiert ist. Die Herausforderung für die progressiven Kräfte besteht jedoch darin, diese Mächte zu besiegen, ohne selbst ihren Unarten zu verfallen, und auf diese Weise wahrhaftige nationale Projekte aufzubauen, die tatsächlich demokratisch sind und dem Gemeinwohl dienen.

Die Puebla-Gruppe richtet einen dringenden Appell an die nicaraguanischen Behörden, ihren eingeschlagenen Weg zu korrigieren, die demokratischen Garantien wiederherzustellen und freie, demokratische Wahlen mit uneingeschränkten Garantien für sämtliche politischen Kräfte zu gewährleisten. Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit müssen mit derselben Entschlossenheit verteidigt werden, ohne doppelte Maßstäbe und unabhängig von der ideologischen Ausrichtung der jeweils amtierenden Regierung.

Ebenso weist die Puebla-Gruppe jede interventionistische Absicht zurück, die jüngste Rede Daniel Ortegas als Rechtfertigung für militärische Interventionen, Invasionen oder Wirtschaftssanktionen zu benutzen, welche die Souveränität und die Menschenrechte des nicaraguanischen Volkes beeinträchtigen würden.

Alberto Fernández, ex-Präsident von Argentinien

Rafael Correa, ex-Präsident von Ecuador

Marco Enríquez-Ominami, Koordinator der Gruppe Puebla

Cecilia Nicolini, Abgeordnete del Mercosur, Argentinien

Eduardo Valdés, Parlamentsabgeordneter, Argentinien
Camilo Lagos, Präsident der Stiftung Fortschritt, Chile
Beatriz Paredes, ex-Senatorin, Mexiko
Johanna Ortega, Parlamentsabgeordnete, Paraguay
Clara López, Senatorin, Kolumbien
Sonia Gutierrez Raguay, Parlamentsabgeordnete, Guatemala
Rafael Michelini, ex-Senator, Uruguay
Esperanza Martínez, Senatorin, Paraguay
Carlos Ominami, ex-Wirtschaftsminister, Chile
Ana Isabel Prera, ex-Kulturministerin y ex-Botschafterin, Guatemala
Aída García Naranjo, ex-Ministerin für Frauen und Soziale Entwicklung, Perú

Übersetzung: Matthias Schindler

Lissabon, 24. Juli 2026